

Sprechzettel

zum Havichhorster Presseabend, 8. Januar 2024, 18 Uhr

18.30 Uhr

1. Einleitung (Laura Jacobs)

- Getränke werden gereicht -

18.35 Uhr

2. Begrüßung (Hubertus Beringmeier)

a) Aktionswoche zu den geplanten Streichungen im Bundeshaushalt

- Rund 23.000 Betriebe wirtschaften hier in einer „Gunstregion“ (zwei Drittel aller Ildw. Betriebe in NRW befindet sich in Westfalen-Lippe)
- nicht überraschend, dass tausende Berufskolleginnen und -kollegen kurz vor Weihnachten erstmals den Weg nach Berlin gewählt haben, um gegen die Sparpläne der Bundesregierung zu demonstrieren – Unmut und Empörung darüber im Berufsstand groß, insbesondere weil die Betriebe zunehmend mit Auflagen, Verboten und Kürzungen überzogen werden
- aktuelle Entwicklungen bei den Haushaltsplanungen der Bundesregierung bewerten wir als einen ersten Schritt in die richtige Richtung, der auf die Arbeit der Bauernverbände und auf das große Engagement der zahlreichen Landwirtinnen und Landwirte zurückzuführen ist
- geplante Beibehaltung der Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Kraftfahrzeuge begrüßen wir sehr
- dennoch bleibt es dabei, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe keine weiteren Einschnitte beim Agrardiesel hinnehmen können. Unsere Aktionswoche findet daher weiterhin wie geplant statt, um unseren Anliegen und unserer Sorge um die heimische Lebensmittelerzeugung Ausdruck zu verleihen
- weitere Aktionen seit heute in der Umsetzung
 - o 8. Januar: kreisweite Sternfahrten
 - o 10. Januar: Aktionstag „Landwirtschaft trifft Bürger“
 - o 11./12. Januar: Übergabe einer Resolution in kleinen Delegationen vor Abgeordneten-Büros
 - o 15. Januar: Kundgebung Berlin
- Landesweit sind heute tausende Landwirtinnen und Landwirte in Westfalen-Lippe unterwegs gewesen, um unserer Forderung auf den Straßen mit schwerem Gefährt Ausdruck zu verleihen
- Mir ist sehr wichtig, deutlich zu machen: Wir Landwirtinnen und Landwirte aus Westfalen-Lippe streiten um die Sache und stellen uns gegen die Pläne der

Bundesregierung zur schrittweisen Abschaffung der Steuerbegünstigung beim Agrardiesel, die uns hart treffen würden

- Wir stehen für friedlichen und demokratischen Protest.
- Wir distanzieren uns aufs Schärfste von Personen, die Umsturzphantasien propagieren oder Gewalt verherrlichen sowie Personen aus rechtsextremen Kreisen und anderen radikalen Randgruppen - auch, weil diese teilweise unseren Protest für ihre fragwürdigen Anliegen vereinnahmen wollen.
- drohende zusätzliche Steuer-Belastungen von fast 1 Milliarde Euro sind inakzeptabel und überproportional im Verhältnis zum Gesamtparkpaket; sie schwächen unsere hiesige Landwirtschaft im internationalen Wettbewerb erheblich
- massive Kostensteigerungen für Betriebe und Preissteigerungen bei Lebensmitteln für Verbraucherinnen und Verbrauchern wären die Folge
- Forderung: Schutzstatus für heimische Landwirtschaft, die von zentraler Bedeutung für die Lebensmittelsicherung ist

b) Die derzeitige Stimmungslage in der Landwirtschaft

- Grundsätzlich erfreulich nach längerer „Durststrecke“ (wegen der Corona-Pandemie mit Lieferengpässen und Handelsbeschränkungen, durch gestiegene Energie-, Dünger- und Futtermittelpreise) waren für unsere Betriebe im Wirtschaftsjahr 2022/2023 verbesserte Unternehmensergebnisse (Zunahme von bundesweit durchschnittlich 45 Prozent) und natürlich dahingehend auch höhere Zufriedenheit unserer Betriebe
- Aber: Unternehmensergebnisse variieren je nach Betriebszweig
- Wichtig ist: von den Unternehmensergebnissen sind sämtliche Sozialleistungen, Rentenbeiträge sowie Neuinvestitionen abzuführen
- Und: trotz der positiven Bilanz belasten weiterhin die politische Unsicherheit aufgrund fehlender politischer Rahmenbedingungen und eine Flut an Auflagen auf Bundes- und EU-Ebene unsere Betriebe erheblich
- führt in der Folge weiterhin nahezu zu einem Stillstand an Investitionen, der insb. den Umbau der Tierhaltung massiv bremst – viele Betriebe würden gerne in höhere Haltungsformen zugunsten von mehr Tierwohl investieren, aber es fehlen Perspektiven und Anreize – die Politik bremst hier auf nationaler und Landes-Ebene massiv
- **Insgesamt:** widrige Bedingungen für die Landwirtschaft – aber auch
 - o Gut ausgebildeter Nachwuchs, der in den Startlöchern steht
 - o Anspruch, Zukunft der Landwirtschaft aktiv und positiv mitzugestalten
 - o Gute Konzepte, die jetzt umgesetzt werden müssen und die wir Ihnen heute vorstellen möchten

anschließend 18.50 Uhr: Servieren der Vorspeise

19.20 Uhr

3. Ausgewählte Schwerpunktthemen

a) Tierhaltung (Hubertus Beringmeier)

- Ackerbau- und Milchvieh- sowie Rinderbetriebe haben zuletzt von besseren Unternehmensergebnissen profitiert
- Veredlungsbetriebe konnten sich von den Folgen der Corona-Pandemie und Exportbeschränkungen aufgrund der Afrikanischen Schweinepest erholen
- Milchviehhalter profitierten von höheren Milchpreisen, zuletzt Preisfall bei Milch von 60 auf 40 Cent
- Rinderpreise vergleichsweise schwach angestiegen
- aufgrund der Inflation achten Verbraucher weiterhin verstärkt auf Preise und schränken Konsum hochpreisiger Produkte wie Rindfleisch ein
- zentrale „Knackpunkte“ in der Tierhaltung möchte ich nachfolgend kurz anreißen...

Bundesförderprogramm zum „Umbau der Tierhaltung“

- bisheriges Förderprogramm ist unzureichend und wird der essenziellen wirtschaftlichen Bedeutung der Nutztierhaltung nicht gerecht
- problematisch: es werden Mitnahmeeffekte erzielt für Betriebe, die bereits in höhere Haltungsstufen [ab HF 3 aufwärts] investiert haben
- in der aktuellen Fassung kann die Förderung nicht zu einem breiten Umbau der Tierhaltung führen, weil durch die vorgesehenen Fördergrenzen nach Betriebsgröße nur eine beschränkte Zugänglichkeit besteht
 - o in NRW werden durchschnittlich 234 Sauen pro Betrieb gehalten – es werden aber maximal 200 Sauen pro Betrieb gefördert [es dürfen auch mehr Tiere oberhalb der Grenzwerte gehalten werden]
 - o die Sauenhaltung wird erneut enorm benachteiligt
- Herausforderung „laufende Mehrkosten“ – ein Beispiel: Jederzeit muss ein intakter unkupierter Ringelschwanz bei mind. 70 % der Tiere vorgehalten werden - eine Maßnahme, die so ohne Weiteres nicht umzusetzen ist
- nur mit umfassender Übernahme von Investitionen und laufenden Kosten, die grundsätzlich alle Betriebe in Anspruch nehmen können, kann die heimische Nutztierhaltung gestärkt und damit Produktion von qualitativ hochwertigem Fleisch auf Dauer regional sichergestellt werden
- es braucht eindeutige politische Signale für ein geändertes Bau- und Immissionsschutzrecht, damit vom geschlossenen Stall in höhere Haltungsformen mit Außenklima umgestellt werden kann

Umwelt- und Immissionsschutz bremsst aus

- National mit dem Bundesimmissionsschutzgesetz sowie in NRW mit dem Bioaerosol-Erlass (er ist in Deutschland einmalig!) sowie den Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft TA Luft werden zusätzliche Auflagen beim Tierwohl aufgebürdet, obwohl die Agrar- und Umweltminister sich eigentlich auf die Umsetzung der Tierwohl-Vorgaben im Tierhaltungskennzeichnungsgesetz verständigt hatten
- Tierwohl und Emissionsschutz – beide in der Verfassung festgeschrieben – müssen unweigerlich miteinander in Einklang gebracht werden. Vor allem die rechtssichere Auslegung der TA Luft ist Voraussetzung dafür, dass unsere Betriebe mit Tierhaltung ihre Ställe hinsichtlich mehr Tierwohl öffnen können
- Wir setzen ganz besonders auf ein in zwei Tagen stattfindendes Gespräch mit NRW-Umweltminister Krischer in unserem Hause, in dem wir diese Problematik nochmals deutlich machen und vom Minister erhoffen, hier nun endlich Wege der Zusammenarbeit und Vereinbarkeit von Umweltschutz und Tierwohl zu finden

b) Pflanzenbau/Umweltschutz (Michael Uckelmann)

Sustainable Use Regulation (SUR)

- das Europäische Parlament hat die Verordnungsvorschläge der Europäischen Kommission zur Reduzierung von chemischen Pflanzenschutzmitteln („SUR“) in erster Lesung abgelehnt. Wie es mit den Vorschlägen in 2024 weitergeht (auch nach der Wahl zum EP), ist derzeit offen und ebenso die Frage, ob das Pflanzenschutzrecht national verschärft wird
- die Umsetzung der Vorschläge hätte drastische Konsequenzen für unsere heimische Landwirtschaft gehabt, etwa 90 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche wären als ökologisch sensible Gebiete ausgewiesen worden und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln schier unmöglich gewesen
- ein Totalverbot ist damit zwar vom Tisch – ein großer Erfolg für unsere Arbeit – aber das Thema bleibt, auch weil wir selbst den Anspruch haben, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln weiter zu reduzieren

Kooperativer Naturschutz

- Verbote, Eingriffe und Beschränkungen wie beim Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, der Pflanzenschutzanwendungsverordnung und der generellen Schutzgebietsausweisung sind Belastungen für die deutsche und europäische Landwirtschaft

- auf freiwilliger Basis arbeiten Landwirte und ehrenamtliche Naturschutzinteressierte an Möglichkeiten, um Lebensräume für Feldhase, Rebhuhn sowie Feldlerche und Co. aufzuwerten
- sehr gute Zusammenarbeit mit Stiftung Westf. Kulturlandschaft, die rund 20 Projekte in westfalen-Lippe umsetzt zugunsten von Umwelt- und Naturschutz
- Ziel ist es, auf den jeweiligen Betrieb abgestimmte, geeignete Maßnahmen zu identifizieren und möglichst ökologisch und effektiv umzusetzen
- Schutz der Biodiversität ist die Grundlage für das Wirtschaften auf unseren Höfen; gerade deshalb brauchen wir Schulterchluss zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz und werben bei Politik für kooperative Ansätze
- insgesamt muss gelten, mit entsprechenden Maßnahmen die landwirtschaftliche Erzeugung zu erhalten und gleichzeitig Umweltziele zu erreichen

c) Mittelgebirgsprogramm (Henner Braach)

WLV hat gemeinsam mit dem Rheinischen Landwirtschafts-Verband, dem Waldbauernverband NRW sowie Familienbetriebe Land und Forst NRW 2021 einen Maßnahmenplan entwickelt, der langfristige „Perspektiven für das Mittelgebirge“ aufzeigt. Ein zentraler Punkt ist dabei für uns:

Grünlandförderung in der Gemeinsamen Agrarpolitik

- Grünland ist in den Mittelgebirgen dominierend. Neben den Markterlösen der Tierhaltung auf Grünland spielt die Förderung für Grünlandbetriebe eine wichtige Rolle. Dabei spiegelt sich die Bedeutung des Grünlands etwa für Speicherung von Kohlenstoff, Wasserschutz, Artenvielfalt nicht in den Fördermöglichkeiten wider. Für 2025 ist eine neue Öko-Regelung vorgeschlagen, die den maximal zweimaligen Schnitt einer Fläche zum Fördergegenstand hat.
- Problematisch ist, dass es im Rahmen der Ökoregelungen und auch mit Blick auf Umweltprogramme der GAP bisher keinen adäquaten Förderbaustein für Grünlandbetriebe gibt
- Hier ist die Arbeitsgruppe von Bund und Ländern gefragt, um die Belange der Grünlandbetriebe sowie der Milchviehbetriebe mit Weidehaltung zu berücksichtigen und einen entsprechenden Vorschlag für die GAP-Agrarförderung zu machen

Windenergie

- Große Chancen für Klimaschutz und Menschen vor Ort bieten Bäuerliche Bürgerwindenergiekonzepte mit besonderem Blick auf den Wald
- Grundgedanke: Waldbauern entwickeln und überplanen partnerschaftlich mit der lokalen Kommune mögliche Windenergieflächen. Dies sind gerade Standorte auf den von Dürre, Stürmen und Borkenkäfern geschädigten Waldflächen
- mit Erlösen kann die Wiederaufforstung finanziert und die Flächen können langfristig gesichert werden
- Waldbauern sind dabei nicht reine Verpächter, sondern auch Mitbetreiber und erzielen nachhaltig Einkünfte aus den Windenergieanlagen durch Pacht und Betrieb. Für Waldbauern kann eine gut aufgestelltes Bürgerwindprojekt ein drittes

wirtschaftliches Standbein werden. Zusätzlich können die Bürger vor Ort beteiligt werden

- Dank der aus Sicht der Windenergie besseren Raumausstattung (weniger Siedlungsdichte, weniger Streusiedlungen, größeres Flächenangebot, in der Vergangenheit weniger Windenergieausbau) sind ca. 74 % der Windenergieeignungsbereiche im Regierungsbezirk Arnsberg theoretisch nutzbar. Mindestens 26% der Flächen sind realistisch ungeeignet für moderne Windenergieanlagen.
- der pauschale, und auf Landesebene bereits abgeschaffte 1.000m-Abstand zu Siedlungen schließt viele hervorragend geeignete Potenzialflächen grundsätzlich aber aus. Es ist nicht zielführend, dass die antiquierten Pauschalabstände durch die Hintertür in der Regionalplanung nun wieder ausgebuddelt werden sollen.
- zum Erreichen des 2 Prozent-Flächen-Ziels der Bundesregierung aus dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (in NRW 1,8 Prozent als Minimalziel) müssen realistisch nutzbare Flächen für Windenergie ausgewiesen werden – Quantität wie Qualität der Flächen müssen gleichermaßen Berücksichtigung finden. Dies ist in den Regionalplanentwürfen der Planungsregionen Münsterland und Arnsberg derzeit nicht der Fall. Große Flächenanteile in den Entwürfen sind de facto für Windenergie nicht nutzbar, teilweise sind steile Hanglagen und Talsohlen enthalten – hier droht die Gefahr einer Feigenblattplanung, welche a) die regionale Energiewende hemmt und b) planungsrechtlich angreifbar wäre.
- Forderung: Flächenziele des WindBG / des LEP NRW ausschließlich mit guten, realistischen und für moderne WEA geeigneten Flächen erfüllen. Keine Alibi-Ausweisungen aus politischen Gründen. Der Regionalplan ist noch nicht einmal in der Öffentlichkeitsbeteiligung, das Verfahren ist ergebnisoffen, hier muss dringend nachgebessert werden.

Wolf

- Wolf als **das** Thema der Weidetierhalter mit Rindern, Pferden, Ziegen und Schafen, deren Sorgen nun endlich ernst genommen werden müssen
- Beschluss der Umweltministerkonferenz, für Wölfe, die Herdenschutzzäune überwinden und Weidetiere reißen, Schnellabschüsse zu ermöglichen, wird von uns als wichtiger Schritt in die richtige Richtung begrüßt
- da sich der Wolf als Raubtier ohne natürliche Feinde jedoch weiter schnell in Deutschland ausbreitet, sind weitere Schritte nötig, um die Weidetierhaltung als gesellschaftlich erwünschte Form der Tierhaltung zu sichern (Punkte der WLV-Resolution):
 - Feststellung des günstigen Erhaltungszustandes des Wolfes und eine darauf aufbauende Entnahmekote
 - Lockerung des Schutzstatus des Wolfs auf europäischer Ebene durch Umlistung von Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie
 - Schaffung einer rechtlichen Grundlage für ein regional differenziertes Bestandsmanagement
 - Festlegung von Gebieten, in denen aufgrund von Topographie, Vegetation oder Bodenbeschaffenheit keine wolfsabweisende Zäunung möglich ist

